„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt ausserhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Russlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur der Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die fruchtl. Montags-Ausgabe „Feldpost“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und „Haus Hof Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 15 M. Inserate à Zeile 50 Pf. „General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstraße 103, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 254. Berlin, Sonntag, den 20. Mai 1900. XXIX. Jahrgang.

◻ Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

So hätten wir denn in Deutschland auch unsere echte und gerechte Obstruktion im Reichstage, nachdem man in Rom, Budapest und Wien uns in diesem Betracht mit gutem oder vielmehr mit schlechtem Beispiele vorangegangen. Aber die deutsche Obstruktion unterscheidet sich doch zu ihrem Vortheile von ihren ausländischen Kolleginnen. Hier gab es keine wüsten Lärmszenen, keine wüthenden Apostrophen der Gegner, keine ohrenbetäubenden Versuche, den Gegner zum Schweigen zu bringen, und keine Anstalten zu parlamentarischem Handgemenge. Im Gegentheil, im deutschen Reichshause spielte sich alles ziemlich stillam und gesetzmäßig, theilweise sogar nicht ohne Humor ab, und der größte rednerische Exzeß, den sich ein Abgeordneter der Rechten erlaubte — denn die Vertreter der Linken, die eigentlichen Obstruktionisten, zeigten sich wohl witzig, aber nicht brutal —, war der des wenig salonfähigen „Maul halten!“, der vielleicht auch nur einer Reminiszenz des betreffenden Abgeordneten aus seiner Unteroffiziers- oder Leutnantszeit entsprang.

Die lex Heinze, der wir diese Neuerung in unserem parlamentarischen Leben zu verdanken haben, blieb inzwischen das Lieblings- und Schoßkind der Centrumspartei. Unsere Ultramontanen werden sich dabei immer mehr und mehr der ausschlaggebenden Stellung bewußt, die sie infolge der eigenthümlichen Gestaltung unserer Parteiverhältnisse einnehmen dürfen. Ihre Verbündeten im konservativen Lager, die im Grunde das parlamentarische Regierungssystem verhorresziren, sehen sich genöthigt, zuzugestehen, daß, mit dem Centrum Hand in Hand gehen, jenem Streben nach parlamentarischer Regierungsform, wie es die Gefolgschaft der Herren Gröber und Roeren beseelt, nolens volens Vorschub leisten heißt. Ja es scheint sogar, als ob die Herren Konservativen allgemach an dem sonst so verpönten parlamentarischen Regiment Geschmack fänden. Und von diesem Standpunkte aus ist die Erfahrung, die wir jetzt bei unseren regierenden parlamentarischen Parteien machen, so sehr sie auch den Liberalen gegen den Strich geht, doch mit einer gewissen Genugthuung zu begrüßen.

Denn das Centrum, das sich in seiner Stärke und seinem Einflusse mehr und mehr fühlt, besteht auf der Annahme der lex Heinze mit ihren von allen Intellektuellen so heftig befehdeten Antikulturparagraphen. Es macht sein Votum in der Flottenfrage ganz brutal von der vorherigen Erfüllung seiner Heinze-Wünsche abhängig, um so den Bundesrath und seine Auftraggeber, die verbündeten Regierungen, unter das klandinische Joch seiner kunst- und kulturfeindlichen Wünsche zu bringen. Der Bundesrath sieht sich danach in einer bedenklichen Zwickmühle. Folgt er dem Zuge seines Herzens, und läßt er die lex Heinze nach ihrer Annahme durch den Reichstag in der Versenkung verschwinden, so setzt er sich der Wahrscheinlichkeit aus, die Flottenvorlage von dem so überaus patriotisch gesinnten Centrum im Stich gelassen zu sehen. Beugt er sich aber dem Willen der Ultramontanen, so inaugurirt er damit die Parlamentsherrschaft, die bisher bei uns in Preußen und in Deutschland auf dem Index der verbotenen politischen Errungenschaften gestanden hatte.

Dazu kommt noch, daß die Konservativen und unter ihnen insbesondere die Agrarier an diesem Centrumsspiele Geschmack gefunden zu haben scheinen. Sie wollen dasselbe Experiment, das dem Centrum bei der lex Heinze zu glücken beginnt, auf das Fleischbeschaugesetz anwenden. Auch hier heißt es auf der rechten Seite des Hauses: „Keine Fleischbeschau in unserem Sinne, das heißt Ausschluß der Einfuhr ausländischen Fleisches — keine Flottenvermehrung.“ Und so soll auch in diesem Punkte die bessere Einsicht des Bundesrathes, der wohl weiß, was für die Volksernährung dabei auf dem Spiele steht, einfach durch sanften oder vielmehr unsanften parlamentarischen Zwang in den Hintergrund gedrängt werden. Die Reichsregierung aber erinnert dabei einigermaßen an den bekannten auf dem Dache sitzenden Greis, der sich nicht zu helfen weiß.

Unter solchen Verhältnissen geht uns erst das rechte Verständniß für den Umschlag der Stimmung auf, der in Frankreich und namentlich in Paris bei den jüngsten Munizipalwahlen in die Erscheinung trat. An der Seine beherrscht die Mehrheit der Wähler der dringende Wunsch nach einem „rettenden Manne“, mag er nun Kaiser, König oder Konsul heißen. Die Sehnsucht nach einem Vertreter der irdischen Vorsehung scheint unausrottbar geworden. Prinz Victor Napoleon, Herzog Philipp von Orleans oder der verbannte Nationalist Déroulede haben in Paris ihre Anhänger zu einer festen Phalanx zusammengeschweißt, die Sturm läuft gegen die bestehende bürgerlich-radikal-sozialistische Republik. Die Regierung im Pariser Stadthause ist nach dem Ausfalle der Stichwahlen im unleugbaren Besitze der antirepublikanischen Koalition, und es verschlägt im Grunde sehr wenig, daß in der Provinz die Republik sich in allen Stadtparlamenten im Sattel zu halten wußte. Wir haben es ja schon so oft erlebt, daß Paris Frankreich ist und endgiltig den Ton angiebt. Nur eine Wahrnehmung kann dem unparteiischen Beobachter einen gewissen Trost gewähren, die Wahrnehmung nämlich, daß in Frankreich fast niemals aus solchen politischen Situationen die folgerechten Konsequenzen gezogen werden. Eine nationalistische Mehrheit im Pariser Stadtrathe, die als der Vorläufer einer nationalistischen Mehrheit in der Deputirtenkammer gelten kann, würde überall anderswo in guter Logik Haß gegen das Ausland und in der Folge Krieg bedeuten. Allein das Kleinbürgerthum, das die Mannschaften für den neuen nationalistischen Sieg gestellt hat, ist alles Andere eher als kriegerisch gesinnt. Und so ist anzunehmen, daß die triumphirenden Leiter der Patriotenliga sehr viel Wasser in ihren chauvinistischen Wein werden gießen müssen, wenn sie ihren gehorsamen Gefolgschaft bei der Stange erhalten wollen. Da anderes ihre Gefolgschaft bei der Stange erhalten wollen. Da es nun den meisten der Herren viel mehr darauf ankommt, ihre Gegner von den Staatskrippen zu verjagen, als ihre Grundsätze durchzusetzen, so darf man es für nicht unwahrscheinlich erachten, daß es mit der Verwirklichung der heimlichen Wünsche dieser Patriotenliga auch nach dem Gottesfrieden der Weltausstellung noch gute Weile haben werde.

Wenn die französischen Politiker sich noch einen Rest gesunden Menschenverstandes gerettet haben, so müßten ihnen eigentlich die Vorgänge in Spanien, deren Augenzeugen sie eben jetzt gewesen, zur bedachtsamen Warnung gereichen. Nach den Niederlagen des letzten spanisch-amerikanischen Krieges gab es in Madrid wie in den Provinzen eine große, nennen wir sie kaufmännische Partei, die von einem Retablissement der Nation in militärischer und marinetechnischer Beziehung nichts wissen und für die Aufrechterhaltung der Machtstellung des Reiches keine Geldmittel mehr flüssig gemacht sehen wollte. Dazu kam, daß in einzelnen Provinzen, wie in Catalonien, sich eine separatistische Strömung aufthat, die seltsamerweise nichts Geringeres erstrebte als eine Trennung vom Vaterlande und einen Anschluß an das republikanische Frankreich. Auf der anderen Seite waren es die Carlisten, die, von einem Theile der Geistlichkeit unterstützt, das herrschende Christinische Königsthum zu untergraben trachteten. Aus diesen drei Quellen nährten sich die insurrektionellen Strebungen, die sich in mehr oder weniger heftigen Barrikadenkämpfen neuerdings an allen Ecken und Enden des Reiches Luft machen.

Noch besteht freilich die Christinische Monarchie, aber auf ihren dauernden Bestand wird trotz allen guten Willens der Königin-Regentin Niemand ernstlich rechnen wollen. Das Land scheint dazu bestimmt, die Beute ehrgeiziger und einander befehdender Politiker bleiben zu sollen. Auf ähnlich abschüssiger Bahn befindet sich anscheinend Italien, wenn auch die Lenker des Staatswagens dort noch nicht so hilflos die Zügel an der Erde schleifen lassen wie ihre iberischen Kollegen. Ministerpräsident Pelloux hat sogar einige Anläufe gemacht, der Radauobstruktion gegenüber, die die äußerste Linke im Parlament ins Werk setzte, den Muth der Kaltblütigkeit zu bewahren. Aber auch er weiß schließlich keinen anderen Ausweg als die Auflösung des Parlamentes und geräth so auf denselben todten Strang, auf dem sich zur Zeit das österreichische Ministerium Körber befindet.

In Wien ist die Opposition der Tschechen trotz aller persönlichen Einwirkungen und Beschwörungen des Monarchen bisher ebenso unbeugsam geblieben, wie es vor einigen Jahren die Opposition der Deutschen gewesen. Kaiser Franz Joseph hat sich im Hinblick auf die Nachweise der ungarischen Staatsmänner zu dem Satze bekehrt, daß es nicht angehe, in Cisleithanien dauernd gegen die Deutschen zu regieren. Aber die Verwegenheit der tschechischen Politiker, die sich in der Hoffnung getäuscht sahen, das Heft endlich in ihre Hände zu bekommen, schreckt selbst vor der Forderung nicht zurück, die auswärtige Politik der Gesammtmonarchie aus den Geleisen des Dreibundes bugsirt zu sehen. Die Delegationsverhandlungen in Budapest haben darüber die unverblümtesten Aufschlüsse gewährt. Und die Angriffe, die auf die jüngste Reise des Kaisers nach Berlin aus dem tschechischen Lager gerichtet wurden, sind eine seltsame Begleiterscheinung zu den hochtönenden Betheuerungen des Grafen Goluchowski über die Unantastbarkeit des Dreibundes und seiner friedlichen Wirksamkeit.

In Frankreich und auch in England hat die antideutsche Presse über diese Vorgänge in entsprechender Weise quittirt. Namentlich an der Themse gehen zur Zeit die Wogen des pupularen Selbstgefühles sehr hoch. Der Entsatz Mafekings, das sich so heldenmüthig vertheidigt hatte, und der drohende Einmarsch Marschalls Roberts und Generals Bullers in Transvaal zeigen, daß das südafrikanische Drama seinem fünften Akte zueilt. Unsere seit dem Beginn des Krieges festgehaltene Ansicht, daß, wie schon so oft, auch diesmal viele Hunde des Hasen Tod sein würden, scheint sich trotz aller anfänglichen Theilerfolge der tapferen Buren mehr und mehr zu bewahrheiten. Lediglich auf ihre eigene Kraft angewiesen, sehen die unerschrockenen Vertheidiger von Haus, Hof und Unabhängigkeit ihrem Untergang vor Augen. Und auch der Versuch, in extremis Englands starken Arm durch die Republik der Vereinigten Staaten aufzuhalten, bietet von Tag zu Tag weniger Aussicht auf Erfolg.

* Die **Reichsregierung** wird, wie aus einer Mittheilung der „N. A. Z.“ hervorgeht, in der **Fleischbeschaufrage** die **Forderungen der extremen Agrarier verwerfen.** Nach dem von uns jüngst mitgetheilten, vom Bund der Landwirthe gemeinsam mit der größeren Mehrheit der Konservativen eingebrachten Antrage soll an und für sich die Ausfuhr von Fleisch aus dem Auslande in Zukunft ausgeschlossen sein. Jedoch wird dem Bundesrath die Befugniß ertheilt, die Sperre ausnahmsweise für bestimmte Arten von Fleisch, nämlich Speck, Schweineschmalz, Därme, geräucherte Schweineschinken und frisches Fleisch in ganzen Thierkörpern bis auf Weiteres außer Kraft zu setzen. Für geräucherte Schweineschinken und frisches Fleisch ist dem Bundesrath diese Befugniß nur bis zum 31. Dezember 1903 gegeben. Die Regierung erklärt nun offizios, daß dieser Antrag, welcher noch auf eine Verschärfung der Beschlüsse zweiter Lesung hinausläuft, unannehmbar ist, daß dagegen der auch vom Centrum unterstützte Kompromißantrag Graf Klinckowström sichere Aussicht auf Annahme seitens der Regierung habe und die äußerste Grenze der Zugeständnisse bilde, zu welchen sich die Regierungen im Interesse eines Zustandekommens des Gesetzes entschließen können. Mit dieser präzisen Erklärung der Regierung ist die bisher verworrene Situation in Sachen der Fleischbeschauvorlage bis zu einem gewissen Grade geklärt. Hoffentlich halten die extremen Bündler an ihrem neulich betonten Standpunkt fest, nach welchem sie lieber das ganze Gesetz fallen lassen als das „verhaßte“ ausländische Pökelfleisch zulassen wollen. Hierdurch würde das deutsche Volk auf die bequemste Weise vor diesem auch in der Form des Kompromißantrages verwerflichen Gesetz beschützt werden.

Die Geduldsprobe im Reichstage.

Es ist den Freunden der lex Heinze auch gestern noch nicht gelungen, dieses Gesetzesmonstrum zum Abschluß zu bringen. Aber um dieses Ziel zu erreichen, mußte die Opposition sich und dem ganzen Reichstage eine große Arbeitslast auferlegen.

Ein Tag wie der gestrige ist im Reichsparlament noch nicht dagewesen. Zehn namentliche Abstimmungen ohne Pause dazwischen — das ist eine Arbeitsleistung, die der Reichstag bisher nicht zu verzeichnen hatte. Es war eine veritable Geduldsprobe, der die einzelnen Abgeordneten unterworfen wurden, und namentlich konnte man herzliches Mitleid mit den Schriftführern haben, die den Namensaufruf vorzunehmen hatten.

Die Langeweile war gestern in Permanenz erklärt. In den Wandelgängen des Hauses standen die Abgeordneten, und wenn ein Kollege aus dem Sitzungssaal herauskam, so empfing ihn jedesmal die stereotype Frage: „Bei welchem Buchstaben sind wir?“ Und die Mitglieder des Hauses, die dem Alphabet nach an der Reihe waren, stürzten in den Sitzungssaal, um ihre Stimme abzugeben. Wenn sie den richtigen Moment verpaßt hatten, mußten sie bei der Rekapitulation der einzelnen Buchstaben des Alphabets zugegen sein. Und da hatte man noch mehr aufzupassen, um nicht wieder den Anschluß zu versäumen.

Das wiederholte sich so den ganzen Nachmittag. Immer handelte es sich um den § 362 des Strafgesetzbuches und dazu gestellte Anträge. Der Paragraph hat dadurch eine Bedeutung für die parlamentarische Geschichte erlangt, von der man vorher nichts geahnt hatte. So viel Ehre wie ihm ist wohl noch keinem anderen Paragraphen widerfahren.

Auf die einzelnen Anträge brauchen wir hier nicht einzugehen. Wer sich dafür interessirt, möge das Nähere darüber im Parlamentsbericht nachlesen. Sie waren nur Mittel zum Zweck; sie dienten lediglich der Obstruktion.

Die Obstruktion aber — und das muß hier ausdrücklich festgestellt werden — hält sich durchaus in den gesetzlichen Grenzen und immer im Rahmen der Geschäftsordnung. Sie genügte den Anforderungen, die der Abgeordnete v. Jazdzewski im Namen der polnischen Fraktion zu Beginn der gestrigen Sitzung präzisirt hatte, in jedem Betracht. Es ist erfreulich, daß man sich auf keiner Seite dazu hinreißen ließ, aus der Rolle zu fallen.

Die Präsenz war gestern im Ganzen genommen eine gute. An der ersten namentlichen Abstimmung betheiligten sich 303 Abgeordnete, an der letzten 264 Mitglieder des Hauses.

Interessant war nur der Beginn der Sitzung. Bei der Geschäftsordnungsdebatte, über die wir schon im Abendblatt berichtet haben, handelte es sich um die Frage, ob über gewisse sozialdemokratische Anträge, über die noch nicht diskutirt war, gleichwohl schon gestern abgestimmt werden sollte. Die Linke hegte mit Recht Mißtrauen gegen die Heinzemänner-Mehrheit, die offenbar vorhatte, nach Erledigung des § 362 das ganze Gesetz für erledigt zu erklären. Die Bemühungen der Linken, beruhigende Versicherungen von der Mehrheit zu erhalten, halten wenigstens theilweise einen Erfolg. Abgeordneter v. Levetzow gab eine Erklärung ab, mit der die Opposition sich schließlich begnügte. Und so setzte denn die Linke beim Beginne der Abstimmung über den § 362 und die dazu gestellten Anträge keinen Widerspruch mehr entgegen. Die zehn Abstimmungen, von denen wir schon sprachen, konnten also vorgenommen werden. Sie dauerten fünf Stunden, bis ½8 Uhr Abends.

Dem Vertagungsantrag der Nationalliberalen, der nun kam, wagte das Heinze-Kartell sich nicht zu widersetzen, zumal der Präsident sich damit einverstanden erklärte. Aber Abgeordneter Spahn konnte doch nicht unterlassen, sich eine derbe Abfuhr zu holen. Er widersprach nämlich dem Antrage des Abgeordneten Singer, die sozialdemokratische Interpellation über die einzelstaatlichen Gesetzentwürfe betreffend den Kontraktbruch der Arbeiter als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Montag zu setzen. Präsident Graf Ballestrem erwiederte, die Interpellation erst an zweiter Stelle auf die Tagesordnung setzen, hieße so viel, wie sie gar nicht darauf setzen. Hierauf

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 20.